

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1862

15.3.1862 (No. 63)

Karlsruher Zeitung.

Samstag, 15. März.

N. 63.

1862.

Verkaufszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr.
Einschlagsgebühren: die gepaltene Feuille oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karlsruher-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

Amtlicher Theil.

Dienstnachrichten.

Karlsruhe, den 14. März.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben unter dem 10. d. M. gnädigst geruht, den Oberamtsrichter Gauster in Heberlingen zu dem Amtsgericht Stühlingen, und den Amtsrichter Merz in Stühlingen zu dem Amtsgericht Heberlingen zu versetzen.

Nicht-Amtlicher Theil.

Telegramme.

Neu-York, 1. März. Es ist das Gerücht verbreitet, General Bull habe die Südstaatlichen bei Newfreborough umzingelt. Die Unionstruppen unter General Banks setzen über den Potomac bei Harpers Ferry und besetzten Vicksburg, Charleston, und beherrschen beide Ufer des Shenandoah. Bisher stehen die Unionstruppen bei ihrem Vorrücken auf keinen Widerstand. Man glaubt, daß ein allgemeines Vordringen der Bundesstruppen ausgeführt werde. Die Ernennung Scott's zum Gesandten in Mexiko ist zurückgenommen worden.

Neu-York, 1. März. Präsident Jefferson Davis hat eine Botschaft an den Kongreß der Südstaaten gerichtet, worin es heißt:

„Seit meiner letzten Botschaft haben die Ereignisse bewiesen, daß die Regierung der Südstaaten mehr unternahm, als sie Kraft hatte, auszuführen. Indem wir das ganze Gebiet der Konföderation schützen wollten, haben wir harte Unfälle erlitten. Es ist jetzt möglich, daß der Krieg mehrere Jahre dauern wird. Unsere gegenwärtigen Streitkräfte betragen 400 Regimenter Infanterie mit entsprechender Kavallerie und Artillerie. Unser Marinebestand ist hinreichend zur Vertreibung. Wir haben keine schwebende Schuld; die Regierungsausgaben für das laufende Jahr betragen 170 Millionen Doll.“

In Richmond fand eine Versammlung von Baumwoll- und Tabakpflanzern statt zur Erörterung der Frage wegen einer freiwilligen Vernichtung der Baumwoll- und Tabaksernte. Man beschloß die Ernennung einer Kommission zur Vorbereitung der Anträge.

Rom, 11. März. Gestern Abend fand aus Anlaß des feierlichen Empfangs beim französischen Gesandten eine Kundgebung von Seiten der Kardeine, der päpstlichen Hofbeamten, des diplomatischen Korps, des römischen Adels und einer Anzahl von Bewohnern Roms, sowie von vielen Fremden statt. Heute verpackte sich eine sehr große Menschenmenge vor der prächtigen geschmückten Wohnung des Hrn. v. Lavalette.

Trebigne, 13. März. Gestern ist Derwisch Pascha mit der gesamten Streitmacht nach Jozzi aufgebrochen. Die Insurgenten haben sich mit ihren Familien und Herden in die Gebirge geflüchtet. Bis jetzt hat noch kein Zusammenstoß stattgefunden.

Triefst, 13. März. Hier eingetroffene Nachrichten aus

Athen vom 8. d. M. melden: Die Truppen der Regierung sind auf 3000 Mann angewachsen. General Hahn ist lebend. Die Flüchtlinge aus Nauplia schildern die dortige Lage trübe. Hier ist es äußerlich still. Eine Proklamation des Königs an das Volk ist veröffentlicht worden.

Konstantinopel, 8. März. (S. Bl.) Kursgid Pascha, früherer Gouverneur von Belgrad, ist zum Gouverneur der Herzegowina ernannt worden.

Badischer Landtag.

Karlsruhe, 10. März. Neunte öffentliche Sitzung der Ersten Kammer, unter dem Vorsitze des durchlauchtigsten Präsidenten, des Hrn. Fürsten Wilhelm zu Löwenstein. (Schluß.)

Hr. v. Stözingen: Von der Regierungsbank seien die Anführungen im Kommissionsbericht für unklar und unrichtig angegriffen, müsse er zurückweisen; er habe sich überall erkundigt, und überall habe man ihm die Regierungskaren als zu hoch bezeichnet.

Den Vorwurf, als ob der Redner das Gesetz leichtfertig angegriffen, müsse er zurückweisen; er habe sich überall erkundigt, und überall habe man ihm die Regierungskaren als zu hoch bezeichnet.

Den Ausdruck Schachern und Markten für eine Meinungsverschiedenheit habe er in diesem Hause noch nicht gehört.

Staatsminister Dr. Stabel hat sein Bedenken darüber ausgeprochen, daß der Kommissionsbericht die Forderungen der Regierung übertrieben hoch finde; von Dem, was der Kommissionsbericht sage, habe er gesprochen, nicht von Dem, was Hr. v. Stözingen bemerke.

Hr. Rath Fromberg: Der Lebenserwerb biete dem Lebensherrn keinen Vortheil; der Staat brauche also auch kein Äquivalent dafür zu fordern. Der Redner wäre nicht abgeneigt, die Lebensrechte selbst ohne alle Entschädigung aufzugeben, und empfiehlt daher den Kommissionsantrag.

Hofrath Dr. Bluntzli: Die Diskussion sei eine peinliche, denn es handle sich um eine materielle Frage, bei der einzelne Mitglieder theilhaftig seien. Die Kammer könne keine Liberalitäten im Namen des Staats geben, noch das Privatinteresse wahren; sie müsse nur das Staatsinteresse im Auge halten, darüber seien ja Alle einig. Man sei auch darüber einig, daß die Ablösung erleichtert, nicht erschwert werden müsse, und daß daher möglichst billige Sätze aufgestellt werden sollten, insbesondere da der Stand der Bajallen große Opfer gebracht habe.

Der Redner glaube, daß sei die Absicht der Regierung, und war erstaunt, eine Abneigung gegen den Entwurf bei den Bajallen zu entdecken; er weiß nicht, warum die Sätze des Entwurfs unbillig seien; sie gehen nicht über einen Jahreszins hinaus und geben dafür ein Recht her, das z. B. beim Heimfall von großem materiellem Werth sein kann.

Wolle man weder dem Regierungsentwurf noch dem Kommissionsantrag beistimmen, so mache er einen Vermittlungsvorschlag, nämlich die Prozentsätze so zu setzen:

wenn 2 Berechtigte vorhanden sind, auf 9 Proz.	3	5
4-6	4	4
6-8	3	3
wenn 9 oder mehr	2	2

Der Redner stimmt aber jedem Ansatze eher bei, als daß das Gesetz fallen sollte.

Graf v. Berlichingen: Wenn mit dem Ausdruck „Schachern“ diejenigen hätten bezeichnet werden wollen, die dem Kommissionsantrag beigestimmt hätten, so müsse er für seine Person den Ausdruck entschieden zurückweisen. Er schachere nicht, habe nicht geschachert und werde nicht schachern. Die Kammer vertrete die allgemeinen Interessen, und habe die Pflicht, wenn notwendig, der Regierung auch etwas Unangenehmes zu sagen, denn sonst würden sie zu bloßen Jammern herunterstinken, und dazu werde er sich nie hergeben.

Zwischen Mitterlehen und Erbständen, die man mit einander verglichen habe, sei ein großer Unterschied; erstere seien als Belohnung für das Verdienst oder zum Schutz als Leben gegeben worden, letztere zum Gewinn. Nicht bloß der Bajall, auch der Lebensherr könne heute seine Pflicht nicht mehr erfüllen, denn er könne den Bajallen nicht mehr schätzen.

Staatsminister Dr. Stabel: Er begreife nicht, wie man aus dem Wort Schachern ableiten könne, als habe er damit Jemanden persönlich etwas Unangenehmes sagen oder einen Vorwurf machen wollen.

Es sei damit nur die Widerwärtigkeit des Streits um Prozentsätze bezeichnet, der der Kammer wie der Regierung gleich unangenehm sein müsse und den die Regierung habe vermeiden wollen, weshalb sie so weit wie möglich in ihren Forderungen heruntergegangen sei. Auch müsse sie wohl überrascht sein, wenn man die Sätze für überaus hoch erkläre.

Die Abstimmung über §. 3 ergibt hierauf die Annahme der Fassung des Kommissionsberichts mit 11 gegen 5 Stimmen.

Zu §. 4 erklärt Ministerialrath v. Freyberg auf Anfrage des Grafen Hennin, daß nur Lehensgelder zu 10 Proz. ihres Betrags in Anrechnung kommen sollten, nicht aber Geldlehen.

§§. 4, 5, 6 werden unverändert angenommen, §. 7 in der von der Kommission beantragten Fassung. §§. 8 und 9 werden unverändert angenommen.

Zu §. 10 erhebt sich eine Diskussion über die Zweckmäßigkeit des von der Kommission beantragten Zusatzes, an der sich Hr. Rath Fromberg, Staatsminister Dr. Stabel, Hr. v. Tarkheim, Hofrath Schmidt, Graf Hennin, Ministerialrath v. Freyberg und Hofrath Bluntzli theilnahmen.

Der Antrag der Kommission wurde schließlich von der Kammer verworfen.

Die namentliche Abstimmung über das ganze Gesetz ergibt dessen Annahme mit allen gegen 2 Stimmen (Hrn. Hoffmann und Hr. v. Stözingen).

Hr. Rath Weizel übergibt das Verzeichniß der aus großh. Staatsministerium dem Handelsministerium zur Erledigung zugewiesenen Petitionen vom letzten Landtag.

Die Rechnungsnachweisungen der Postverwaltung, der Eisenbahn-Betriebsverwaltung und des Antheils Badens an dem Reinetrag der Main-Neckar-Eisenbahn werden sodann nach dem Antrag der Kommission für gerechtfertigt erklärt.

Graf v. Kageneck knüpft hieran die Bitte an die Regierung, die alten Routen durch die Vermehrung der Postomnibusse nicht eingehen und namentlich in Münzingen eine Poststation bestehen zu lassen.

Schluß der Sitzung.

++ Karlsruhe, 14. März. Dreiundzwanzigste öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer, unter dem Vorsitze des Präsidenten Hildebrandt. Von Seiten der Regierung

Das Gebäude für die internationale Ausstellung des Jahres 1862 in London.

Während bei dem Ausstellungsgebäude des Jahres 1851 Glas und Eisen die leitenden Grundstoffe bildeten, vereinigten sich dieselben bei dem diesjährigen mit hoch empfindlichen Mauern von Ziegeln, welche den Grund auf allen Seiten umschließen und die Wände für die Galerien der schönen Künste bilden. Die östlichen und westlichen Seiten, welche über die südlichen Arkaden der angrenzenden Gärten der königlichen Gartenbaugesellschaft hinausgeführt werden, haben eine Fronte von 750 Fuß, und die südliche Fronte eine Länge von 1150 Fuß. Die nördliche Fronte ist der untere Bogengang der Gärten, welchem ein permanentes oberes Stockwerk angefügt wird. Der auf diese Weise eingeschlossene innere Raum ist gänzlich mit Dachungen von verschiedener Höhe überdeckt, und theilt sich in das Schiff, Transsept, Flügel und offene Höfe; die letzteren, einen verhältnismäßig kleinen Raum einnehmend, sind mit Glas eingedeckt; die andern Theile des Gebäudes sind dagegen mit ordentlichen Dächern versehen und empfangen ihr Licht durch Seitenfenster. Ganz entgegenes dem Vorgange von 1851, wo die Beilegung des Ausstellungsgebäudes geradezu eine Bedingung war, wurde bezüglich des neuen Gebäudes kein Mittel außer Acht gelassen, um demselben einen bleibenden Charakter zu geben. Die Stützen im Innern bilden hohe Säulen aus Gußeisen von einem Fuß Durchmesser und einem Zoll Metallstärke. In Zwischenräumen von 25 oder 50 Fuß sind sie angebracht, und bilden fast alle Hauptdimensionen ein Vielfaches dieser Zahlen. Ausnahmen von dieser Regel bilden das Schiff und die Transpette, welche 85 Fuß breit sind. Das erstere geht nach Ost und West, endigt im Centrum jener Fronte und hat seine centrale Säule 81 Fuß nördlich von der centralen Linie des Gebäudes; die letztere ziehen sich von den Enden des Schiffes nördlich und südlich nach der ganzen Breite. In den Intersektionen des Schiff-

ses und der Transpette befinden sich die großen Dome. Die Flügel sind rund und das Schiff und die Transpette fortgesetzt, und der von denselben eingeschlossene Raum bildet die offenen oder Glashöfe. An den nördlichen Enden der östlichen und westlichen Fronten sind die beiden Annexe als zeitliche Gebäude zur Aushilfe angebracht, bestimmt zur Ausstellung von Maschinen und andern schweren Gegenständen, welche man im Hauptgebäude nicht zweckmäßig unterbringen kann.

Die ganze unter Dach befindliche Bodenfläche beträgt 988,000 Quadratfuß, ist also beträchtlich größer als diejenige des Ausstellungsgebäudes von 1851, welche 799,000 Quadratfuß maß. Betrachtet man bloß den gedeckten Raum, so wird die nächste Ausstellung den Vortheil der Pariser haben, welche über 953,000 Quadratfuß unter Dach verfügte. Betrachtet man hingegen den Gesamttraum, bedeckt und unbedeckt, so war der Pariser Ausstellungsraum größer, indem die günstigen klimatischen Verhältnisse der Kommission möglich machten, auch im unbedeckten Raume auszustellen und den Gesamttraum auf diese Weise um 547,000 Quadratfuß zu erhöhen, was es hingegen bei den veränderlichen Witterungsverhältnissen Londons nicht möglich scheint, mehr als 35,000 Fuß ohne Dach zu lassen, so daß während Paris 1851 über einen Gesamttraum von 1,500,000 Quadratfuß gebot, der Gesamttraum für 1862 1,023,000 Quadratfuß betragen wird. Die zeitlichen Annexe der Pariser Ausstellung nahmen 600,000 Quadratfuß ein, während die beiden Londoner Annexe nur 1/2 der gesamten Bodenfläche in Anspruch nahmen.

Statt 100 Fuß wird die Höhe des Neubaus diesmal 260 Fuß betragen; das Gewicht der aus geglätteten Eisen verfertigten Theile beträgt 80,000 Zentner; das verarbeitete Schmiedereisen zu den beiden großen Kuppeln und den Dächern 25,000 Zentner. Die Zahl der Ziegeln, die zu Uittingborne in Kent gefertigt werden, steigt auf 10 Millionen; zum Zimmerwerk sollen 17,000 Kubikfuß Holz verbraucht werden. Zur Beleuchtung von oben sind 45,000 Quadratfuß Glasfenster bestimmt. Im Jahr 1851 wurde der Bau auf 80,000 Pfd. St. veran-

schlagt; diesmal lautet der Vorschlag 300,000 Pfd. St.; doch verpflichteten sich die Bauunternehmer, ihn für 200,000 Pfd. St. herzustellen und den Rest von 100,000 Pfd. St. nur dann zu beanspruchen, wenn die Bruttoeinnahmen die Summe von 500,000 Pfd. St. überstiegen haben.

Stuttgart, 10. März. Da über die Heuglin'sche Expedition so viel geschrieben wird, dürfte es von Interesse sein, etwas Außersittliches von einem Theilnehmer zu erfahren. Dieser Tage langte ein Schreiben von dem hiesigen Mitglied der Expedition, Kinzelbach, an seine Mutter, die Witwe des Hofmechanikus Kinzelbach hier, an, welches aus Abschnitten, wo zuletzt die Männer der Expedition weilten, kam. Es wird darin gesagt, daß sie zufällig vernommen hätten (gesehen hatten sie es also nicht), man spreche in Europa über Unelmigkeiten unter Mitgliedern der Expedition. Das sei unrichtig. Die natürlich und vorzuziehenden gewesen, wären verschiedene Umstände — die sich nicht immer zum Voraus berechnen lassen — darauf ein, was weiter geschehen solle. Daß darüber zuweilen, da hierbei stets gemeinsame Beratungen stattfinden, Meinungsverstehenheiten sich herausstellten, dürfe Niemand Wunder nehmen. Indes seien diese nie bis zu völligen Spaltungen gegangen und eben jetzt sei die ganze Gesellschaft im Begriff, nach Chartum aufzubrechen und von da baldmöglichst den vorgezeichneten Weg nach Wadai einzuschlagen.

Frankfurt, 10. März. Das Zentralkomitee für das allgemeine deutsche Schützenfest macht bekannt, daß die Zeichnungen, welche als Garantie für die bei Anlaß dieses Festes entstehenden Kosten dienen sollen, jetzt die Summe von 80,000 fl. erreicht haben und die Unterschriften der Betheiligten somit verbindlich geworden sind.

anwendend: Die Präsidenten der Ministerien der Justiz, Staatsminister Dr. Stabel; des Innern, Geh. Rath Dr. Lamey; der Finanzen, Geh. Rath Dr. Vogelmann; des Handels, Geh. Rath Dr. Weizel; sowie Geh. Rath Dr. Brauer.

Das Sekretariat zeigt den Einlauf folgender Petitionen an:

1) Bitte des Gewerbevereins in Sinshheim, als Anstufung an die vom Gewerbeverein in Mannheim bezüglich einiger Punkte des Gewerbegesetzes eingereichte Petition; übergeben von dem Abg. Muth.

2) Bitte mehrerer Aerzte von Weinhheim um Freigebung der ärztlichen Taxe; eingekommen beim Sekretariat.

3) Bitte der Gemeinde Buchen gegen die Emanzipation der Israeliten; eingekommen beim Sekretariat.

4) Bitte mehrerer Bürger von Heddesheim, Amts Ladenburg, für die Emanzipation der Israeliten; übergeben vom Abg. Mays.

5) Bitte verschiedener Gemeinden des Amtsbezirks Oberkirch um Abänderung des §. 5 des Zehntablösungs-Gesetzes bezüglich der Verwaltung der Pfarrzehnt-Ablosungskapitalien, eingekommen beim Sekretariat.

6) Bitte der Gemeinden Mudau, Langenels, Auerbach, Niers und Oberseidenthal, Balsbach, Wagenschwend, Mülben und Strümpfelbrunn um Uebernahme der Straße von Buchen über Mudau nach Eberbach in den Staatsstraßenverband, übergeben vom Abg. Spohn.

7) Bitte des Gemeinderaths und Bürgerausschusses zu Kälberthausen um einen Beitrag zur Unterhaltung des durch viele Salzfabriken benützten Bismalweges zwischen Haffenhard und Dbrigheim durch die Saline in Rappenaui; eingekommen beim Sekretariat.

8) Bitte der Borgefetzten einiger Gemeinden der Amtsbezirke St. Blasien und Schöndau um Herstellung einer kleinen Straßensacke auf Staatskosten; übergeben durch den Abg. Thoma.

Der Präsident macht der Kammer die Eröffnung, daß von dem früheren Pfarrer Schlatter 70 Exemplare seiner Schrift gegen die Todesstrafe der Kammer zur Verfügung gestellt worden seien; ferner daß von den Abtheilungen in die Kommission zur Beratung der Motion des Abg. Lamey von Pforzheim auf Abänderung des §. 37 der Verfassungs-Urkunde gewählt worden seien die Abgg. Friderich, Muth, Wagner, Wundt, Kirchner; in die Kommission zur Beratung der Motion des Abg. Mays auf Abänderung des Feuerversicherungs-Gesetzes die Abgg. Wahrer, Buhl, Spohn, Mays, Artaria.

Der Präsident des Ministeriums des Innern, Geh. Rath Lamey, legt die Rechnungsnachweisungen und das Budget der Pädagogien vor, für welche Vorlagen Geh. Referendar Cron als Regierungskommissar ernannt ist.

Abg. Friderich zeigt einen druckfertigen Budgetbericht an. Der Tagesordnung gemäß erstattet zunächst der Abg. Kusel Bericht über die Bitte des Rechtsanwalts Lattner von Mosbach, z. Z. in Heidelberg, um Entschädigung wegen Entziehung der Anwaltschaft.

Der von der Kommission beantragte Uebergang zur Tagesordnung wird ohne Diskussion angenommen.

Abg. Seiz berichtet über die Bitte mehrerer Bürger zu Emmingen ab Egg, die Einrichtung einer Staatskirche betreffend, und wird hierbei ebenfalls ohne Diskussion der Kommissionsantrag auf Tagesordnung angenommen.

Abg. Fingado erstattet Bericht über die Bitte der Gemeinderäthe zu Nach n., Gebührenerhöhung der Gemeindebehörden betreffend. Der Kommissionsantrag geht auf Ueberweisung der Petition, sowie des Kommissionsberichts an das großh. Staatsministerium zur Kenntnisaahme und geeigneten Berücksichtigung.

Abg. Schmitt hält es für bedenklich, diese Gebührenerhöhung auch für den Fall des Uebergangs von Liegenschaften in andere Hände zu empfehlen, da dieser Liegenschaftsübergang ohnedies schon genug belastet sei.

Der Präsident des Ministeriums des Innern, Geh. Rath Lamey, erklärt, die großh. Regierung sei mit der Prüfung der Frage beschäftigt, ob und wie die Gebühren der Gemeindebeamten zu erhöhen seien; die Petition werde deshalb ein weiterer Beitrag zu dem Prüfungsmaterial sein. Nach einigen kurzen Bemerkungen bezüglich der Erhöhung der Bürgermeisterbesoldungen seitens des Abg. Friderich, des Präsidenten des Ministeriums des Innern, Geh. Rath Lamey, und der Abgg. Schmitt, Schrey und Fischer wird der Kommissionsantrag angenommen.

Abg. Kusel erstattet Bericht über die Bitte der Gemeinde Freudenberg, Abhaltung von Amtstagen betreffend. Der Antrag der Petitionskommission auf Uebergang zur Tagesordnung wird, nach einer kurzen Bemerkung des Abg. Walli, welcher die Bitte befürwortet, angenommen.

Abg. Seiz erstattet Bericht über die Bitte der Gemeinde Gutesheim wegen Errichtung einer Postablage. Der Kommissionsantrag auf Ueberweisung der Petition an das Staatsministerium wird ohne Diskussion angenommen.

Abg. Kusel berichtet hierauf über die Bitte des Kupferdruckers Sommer-Gänther in Heidelberg, Nachdruck betr. Der auf Uebergang zur Tagesordnung lautende Kommissionsantrag wird ohne Diskussion angenommen.

Abg. Mays erstattet für den abwesenden Abg. Fauler Bericht über die Bitte mehrerer Bürger von Emdingen, Herstellung einer Telegraphenstation betr. Die Kommission beantragt Ueberweisung der Petition an großh. Staatsministerium zur Kenntnisaahme. Die Abgg. Seiz, Schaff und Kasperer empfehlen der großh. Regierung die Berücksichtigung der Bitte. An der weiteren Debatte hierüber nehmen die Abgg. Frick, Kusel und Schaff, sowie der Präsident des Handelsministeriums, Geh. Rath Weizel, Theil, welcher letzterer mit Bezug auf die in dem neuen Budget für den Ausbau des Telegraphennetzes in Aussicht genommene bedeutende Summe erklärt, die großh. Regierung werde erwägen, ob die Gewährung der Bitte thunlich und rathlich sei. Der Kommissionsantrag wird hierauf angenommen.

Der Abg. Fingado berichtet über die Bitte mehrerer Gemeinden des Amtsbezirks Offenburg, die Verwaltung der Pfarrzehnt-Kapitalien betr. Der Kommissionsantrag geht auf Uebergang zur Tagesordnung. Abg. Eckhard spricht den Wunsch aus, die Regierung möge s. Z. erwägen, ob es nicht möglich sei, den Bitten der Petenten auf die eine oder andere Weise gerecht zu werden. Abg. Fischer unterstügt diesen Wunsch. Der Präsident des großh. Ministeriums des Innern, Geh. Rath Lamey, bemerkt, die angelegte Frage sei von großer Tragweite; sie werde mit der Zeit in irgend einer Weise geregelt werden, wie aber, könne jetzt noch nicht gesagt werden. Es sprechen weiter die Abgg. Allmann, Spohn, Wagner, Kusel, Fischer, Spohn, Schmitt, der Präsident des Ministeriums des Innern, Geh. Rath Lamey, und der Berichterstatter Fingado, worauf, da kein Gegenantrag vorliegt, der Kommissionsantrag angenommen wird.

Abg. Kusel berichtet über die Bitte der Redarschiffer, die Aufhebung des Redarzolls betreffend. Die Kommission beantragt Mittheilung der Petition an großh. Staatsministerium zur Kenntnisaahme.

Der Abg. Krausmann macht darauf aufmerksam, daß die Stadt Heidelberg bei einer etwaigen Aufhebung oder Verlegung der dortigen Redarzollstätte einen Anspruch auf Entschädigung habe. Abg. Knieß tritt dieser Auffassung entgegen. Nachdem noch die Abgg. Schaff und Bär, sowie der Präsident des Finanzministeriums, Geh. Rath Vogelmann, gesprochen, welcher letzterer darauf hinweist, daß für die Befreiung der Redarschiffahrt in der letzten Zeit sehr viel gesprochen sei, die Petition aber von einer großen Ungebuld der Büttler zeuge, auch jetzt gleich den unbedeutenden Rest des Redarzolls fallen zu lassen, wird der Kommissionsantrag angenommen.

Der Abg. Fingado erstattet Bericht über die Bitte des Martin Salenbacher von Kappel, Einhandsgeld betreffend. Der Kommissionsantrag auf Tagesordnung wird nach einer kurzen Diskussion, an welcher sich der großh. Regierungskommissar Geh. Rath Brauer, sowie die Abgg. Kasperer, Lamey von Karlsruhe und Frick betheiligten, angenommen.

Nachdem noch der Abg. Kirchner den Antrag gestellt, die Kommission für die Beratung der Motion des Abg. Lamey um zwei weitere Mitglieder zu verstärken, und die Kammer diesem unterstügten Antrage beigetreten war, wird die heutige Sitzung geschlossen.

Deutschland.

† Karlsruhe, 14. März. In der heutigen Sitzung der Ersten Kammer wurden die Art. 10 bis 47 des Einfuhrungs-Gesetzes zum Handelsgesetzbuch nach dem Kommissionsantrag angenommen. Nur zu Art. 45 wurde der Kommissionsantrag verworfen und der Regierungsentwurf wieder hergestellt.

Aus der Pfalz, 12. März. (Sch. M.) Die Lieferung von 6000 Zentnern Pfälzer Tabak auf Rechnung der italienischen Regierung ist dieser Tage dem Handelshaus Traumann in Mannheim zugeschlagen worden. Es sind darunter allein 3000 Zmr. Deckblätter für Cigarren. Durch diesen umfangreichen Abzug ist die Nachfrage nach besseren Sorten unferes Tabaks wieder lebhafter geworden. Zugleich wurde einer der Chefs des Mannheimer Handelshauses, E. Traumann, zum Konjul des Königs von Italien für das Großherzogthum ernannt.

München, 12. März. Die „Südd. Ztg.“ schreibt: Der Handelsvertrag mit Frankreich wird, wie wir hören, preussischer Seite in der Weise abgeschlossen, daß er, wenn die übrigen Zollvereins-Regierungen nicht zustimmen, vorläufig suspendirt bleibt, dann aber mit Ablauf der Zollvereins-Verträge für beide Staaten bindende Kraft erhält und in's Leben tritt. Die Eventualität, die bei dieser Vereinbarung vorgesehen war, scheint sich jetzt zu verwirklichen, wenigstens schreibt der „Berl. Allg. Ztg.“ ein Korrespondent „vom Main“:

Wie mir wohlunterrichtete Personen versichern, sind die Regierungen von Bayern und Württemberg mit einander übereingekommen, den von Preußen mit Frankreich abgeschlossenen Handelsvertrag nicht zu ratifizieren. Sie werden darüber eine ausführliche Denkschrift erlassen, die möglichst rasch an die Mitvollverordneten abgehen soll. Neben Hervorhebung der aus dem Vertrag für die süddeutsche Industrie resultirenden Nachteile soll auch die Gefährdung der projektirten Zollvereinigung mit Oesterreich und namentlich die politische Seite betont werden. Auch die Industriellen Süddeutschlands schiden sich an, mit allen Kräften gegen den Handelsvertrag zu wirken, und haben sie bereits Andeutungen, daß auch Sachsen, beide Sassen und Nassau sich dem oben erwähnten Schritte anreihen werden.

Eine ähnliche Notiz findet sich auch in der „Kassel. Ztg.“, und der „Köln. Ztg.“ schreibt man aus Berlin, der Widerstand Bayerns und Württembergs gegen den Handelsvertrag werde bestätigt.

Frankfurt, 13. März. Die von der „Kass. Ztg.“ in Aussicht gestellte Denkschrift der kurhessischen Regierung kam in der heutigen Bundestags-Sitzung nicht zur Vorlage. — Die vereinigten holländischen Ausschüsse erstatteten einen längeren Vortrag, worin sie die Verhandlungen zwischen Oesterreich und Preußen einerseits und Dänemark andererseits seit 9. Aug. v. J. des Weiteren darlegen und schließlich beantragen zu billigen und sich der Bewahrung vom 14. Febr. anzuschließen. Die Abstimmung über diesen Antrag wird in 14 Tagen stattfinden. Der dänische Gesandte bezieht sich seine Erklärung vor. — Oesterreich und Preußen brachten den bevorstehenden Wechsel im Oberkommando der hiesigen Bundesgarnison an. [Dasselbe geht auf Preußen über.] Die hohe Versammlung erklärte sich damit einverstanden. — Sodann kam durch das Präsidium zur Anzeige, daß in der Militärkommission der jährlich übliche Wechsel in der Stimmführung der gemischten Korps eintritt. — Sonst Abstimmung über Regierungsangelegenheiten, Vorlage von Ständelisten u. dgl.

Leipzig, 11. März. (Leipz. N.) Man erzählt sich, daß der aus Glogau geflüchtete Leutnant v. Sobbe aus seiner Flucht die hiesige Stadt berührt hat. Er soll am vergangenen Sonnabend Abend in voller Uniform hier eingetroffen und am Sonntag auf der Magdeburger Bahn von hier wieder abgereist sein.

Berlin, 12. März. Wie man der „Köln. Ztg.“ schreibt, soll Se. Maj. der König bei der Einführung des Fürsten zu Hohenlohe in das Staatsministerium wiederholt haben, daß an dem Programm von 1858 festgehalten werden solle. Zu einem liberalen Abgeordneten soll Se. Majestät vor einigen Tagen gesagt haben, die Lage Preußens in Europa erlaube nicht, daß die Macht an das Abgeordnetenhaus falle; aber es solle nicht rückwärts gegangen und an dem Programme von 1858 nichts geändert werden. Inzwischen wären die Beratungen des Ministeriums fort und sollen Maßnahmen betreffen, die bestimmt wären, die Situation zu klären. Es wird versichert, daß das Ministerium vor den Wahlen eine feste Position nehmen wolle. Die in Aussicht genommenen Maßnahmen dürften, wie hinzugefügt wird, die Wahlen etwas später, als zunächst beabsichtigt wurde, aus schreiben lassen. Daß ohne die mehrfach bezeichneten Schritte die Neuwahl bei dem Verbleiben des größten Theils des Ministeriums möglich wäre und nur zu einem negativen Resultate führen könnte, darüber sind wohl jetzt alle Parteien einverstanden. Die Entscheidung — fügt der Korrespondent des niederrheinischen Blattes bei — wird noch diese Woche erwartet; die liberalen Minister sollen viel Festigkeit beweisen.

Die „Kreuzzeitung“ würde nur dann mit der Kammerauflösung einverstanden sein, wenn damit zugleich eine Ministerveränderung (natürlich in ihrem Sinn) verbunden gewesen wäre. Man werde — meint sie — der Uebel größtem, der „parlamentarischen Regierung“, nicht entgegen, „außer wenn man die Wege verläßt, die man seit Beginn der neuen Ära gewandelt.“ Was man durch Konzessionen gewinnen könne, das sei nichts weiter, als „eine kurze Nachfrist für in der Hauptsache bereits verbrauchten Minister.“ Uebrigens will das Organ der Feudalen die Hände nicht in den Schoß legen; es ruft den Seinen heute zu: „Unsere Parteigenossen fordern wir dringend auf, die Hand nicht zurückzuziehen vom Pfluge, sondern alsbald und mit voller Kraft das Werk anzufassen. Wir arbeiten nicht um Lohn und Beifall, nicht für diesen oder jenen Minister, — wir arbeiten für das preussische Königthum und das preussische Vaterland, von dem wir nicht lassen wollen, nicht lassen dürfen, nicht lassen können.“ In der That vernimmt man denn auch, daß die Wahlagitatorn seitens der Kreuzzeitungs-Männer auf Grund der neuen Organisation des „preussischen Volksvereins“ sofort beginnen soll. In nächster Woche findet hier eine Wahlversammlung dieser Partei statt.

Der vorjährige Präsident des Abgeordnetenhauses, Appellationsgerichtspräsident Simon, ist schwer erkrankt. Am Tage nach der Flucht des Leutnants v. Sobbe aus der Festung Glogau starb hier dessen Vater, der Oberstleutnant a. D. v. Sobbe. Der berühmte Augenarzt Prof. v. Grafe ist so weit wieder hergestellt, daß man seine Rückkehr aus Italien im nächsten Monat erwartet.

Berliner Blätter und Korrespondenzen sprechen gerüchweise von der Verhaftung eines kürschnergehilfen Namens Schilke aus dem Kanton Thurgau (Andere sagen St. Gallen), der sich unter verdächtigen Umständen in der Nähe des königl. Palais herumgetrieben habe. Von einem Schutzmann festgenommen, habe er sofort erklärt, er habe den König zu erschließen beabsichtigt. Was weiter über die Sache erzählt wird, sind ganz unbestimmte und einander widersprechende Gerüchte, die aber alle darin übereinstimmen, daß man aus den verräthten Reden des Verhafteten alsbald die Gewissheit erlangt habe, daß man es mit einem Irren zu thun habe.

Berlin, 12. März. Die Erklärung der Fortschrittspartei in Bezug auf die Annahme des Hagen'schen Antrags hat 15 weitere Unterschriften gefunden. — Der Abg. Schölze-Delitzsch erschien am Abend vor der Auflösung in der Versammlung der Wahlmänner seines (des dritten) Wahlbezirks, um Mittheilungen aus der Kammer zu machen. Er sagte u. A.:

Es ist möglich, wir müssen noch einmal eine Periode der Reaktion durchmachen; wenn dies aber ist, so wird es eine sehr kurze Zeit sein; denn die Lage der Dinge in Deutschland ist so, daß jede Regierung, und vor allen die preussische, ihr Volk braucht. Und wenn man das Volk braucht, um Thron und Vaterland zu retten: dann wird ein etwaiges reaktionäres Ministerium, welches theilweise das jezige ersetzen könnte, nicht im Stande sein, das Banner hoch zu halten, unter dem sich alle nationalen Kräfte opferfreudig stellen. Die Regierung wird und muß endlich darauf kommen, den berechtigten Wünschen des Volkes, die wahrlich nicht im's Blaue gehen, die recht bescheiden und vernünftig sind, gerecht zu werden. (Lebhafte Beifall.) ... Wenn man zur Volksvertretung sagt, sie gestalte sich Eingriffe in die Exekutive, und mit solcher Volksvertretung könne man nicht regieren: nun, so ist von einem gewissen Standpunkte aus die ganze Konstitution ein Eingriff in die Exekutive. Wo eine Konstitution in Kraft besteht, da kann die Regierung nicht mehr machen, was sie will. Man kann eben nicht gleichzeitig absolutistisch und konstitutionell regieren. Mit einem so loyalen Volk, wie das preussische, ist aber leicht zu regieren. Wie es denn auch komme, die Abgeordneten halten sich auch auf das Aeußerste gefaßt. „Machen auch Sie sich darauf gefaßt, bald wieder an die Wahlurne zu treten! Wie Alle sind einig, wie die Chancen auch fallen, daß wir das Ringen nach Befestigung verfassungsmäßiger Zustände nicht aufgeben; wir wollen den Kampf ernst, wir wollen ihn auf gleichem Boden führen.“

Der Redner hob dann hervor, daß einer Partei, die gern an's Ruder kommen möchte, nichts lieber wäre, als wenn jetzt irgendwo Unruhe, „ein Bißchen Krawall“, entstände. Das aber müsse jeder freisinnige und entschiedene Mann auf das energischste zu verhindern suchen. Durch Nichts könnte der Volksache ein größerer Schaden zugefügt werden, als wenn man gewissen Leuten den Gefallen thäte, Veranlassung zum Einschreiten der bewaffneten Macht zu geben.

Die „Berl. Börs.-Ztg.“ brachte unlängst die Nachricht, daß ein angeblicher Auftrag des Geschäftsführers des Nationalen

vereins an das hiesige Bankhaus Matho und Wolf, dem Kriegsministerium für Rechnung des Vereins 30,000 Thlr. Flottenbeiträge zu zahlen, in letzter Stunde auf telegraphischem Wege zurückgenommen sei, da von dem Ausschusse des Vereins eine Garantie dafür verlangt werde, daß die Beiträge auch eine bestimmungsmäßige Verwendung finden. Wie die ministerielle „Sternz.“ mittheilt, ist die Nachricht völlig aus der Luft gegriffen.

In den letzten Tagen war hier der bleibende Ausschuss des deutschen Handels tags versammelt, um für den nächsten Handels tag, der in diesem Herbst in München stattfinden wird, einige Vorlagen zu machen, resp. Aufgaben zu erledigen, welche der erste deutsche Handels tag (im Mai v. J. zu Heidelberg) dem Ausschusse übertragen hatte.

Berlin, 13. März. Die „Berl. Allgem. Ztg.“ veröffentlicht folgendes Programm der konstitutionellen Partei:

Die unterzeichneten Mitglieder der konstitutionellen Partei haben sich über nachfolgendes Programm als Grundlage und Richtschnur für die bevorstehenden Wahlen zum Hause der Abgeordneten vereinigt: 1) Die konstitutionelle Partei hält fest an ihrem obersten Grundsatze: „Frei dem Könige und der Verfassung.“ Sie will ein starkes Königthum der Hohenzollern, und die volle Geltung der dem Volke verbürgten Rechte. 2) Sie will, daß Preußen nach außen eine feste nationale Politik einhalte und in der deutschen Frage die Herstellung des Bundesstaats im weitern Sinne mit parlamentarischer Vertretung sich zur Aufgabe setze — unter Wahrung der inneren Selbstständigkeit der Einzelstaaten, mit preussischer Führung in den militärischen, diplomatischen und handelspolitischen Angelegenheiten. 3) Im Innern fordert sie eine verfassungsmäßige, gerechte und freisinnige Regierung und den Ausbau der Verfassung in deren Geist durch organische Gesetze. 4) Die Einheit in der Leitung und Führung der Staatsgeschäfte ist die Bedingung eines starken und legendreichen Regiments. Diese Einheit ist als dringendes Bedürfnis anzuerkennen, nicht bloß in der Uebereinstimmung der leitenden Staatsmänner, sondern auch in der Wahl der höhern Verwaltungsbeamten. 5) Das Herrenhaus in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung ist das Haupthinderniß einer freisinnigen und nationalen Politik und einer gedeihlichen Entwicklung der Gesetzgebung, insbesondere für die Ordnung der Kreis- und Gemeindeverfassung und der vollwirtschaftlichen Verhältnisse. Es ist notwendig, daß eine Reform des Herrenhauses durch Anwendung der verfassungsmäßigen Mittel herbeigeführt werde. 6) Aufrechterhaltung der Reorganisation des Heeres, aber Ersparungen im Militäretat durch Beurlaubungen, Revision der Grundzüge über die Pensionirungen und überhaupt, wo sie ausführbar erscheinen, ohne die Kriegsbereitschaft des Heeres und die Wehrkraft des Landes zu schwächen. 7) Es ist mit Entschiedenheit darauf hinzuwirken, daß mit Erhebung der regulierten Grundsteuer im Jahr 1865 das Gleichgewicht im Staatshaushalt-Etat wieder hergestellt und schon jetzt die im Militäretat trotz der oben bezeichneten Ersparungen verbleibenden Mehrausgaben in anderer Weise, als im Wege des bisherigen Steuerzuschlages gedeckt werden. 8) Nur wenn das königl. Staatsministerium dem Lande durch die That den Beweis liefert, daß es sich in seiner Gesamtheit zu den vorstehenden Grundzügen bekennet und dieselben zur Geltung bringt, erachtet es die Unterzeichneten als die Aufgabe und Pflicht der konstitutionellen Partei, das königl. Staatsministerium zu unterstützen. (Folgen 72 Unterschriften von Mitgliedern des aufgelösten Abgeordnetenhauses; unter ihnen Grabow, G. Weseler, H. Duncker, Kühne, Zette, Reimer, v. Rönne, v. Rosenbergs-Lipinski, v. Sanger, Zeit u. A.)

Die Fortschrittspartei will dem Vernehmen nach in aller nächster Zeit eine Ansprache an die Urwähler, sowie einer Rechenschaftsbericht über ihre Thätigkeit auf dem aufgelösten Landtag veröffentlichen. — Die Gerüchte über weitere Veränderungen im Ministerium erhalten sich. Nach der „Korresp. Stern.“ bezieht man im Publikum den Grafen Schwerin als Kultus, Hr. v. Möller als Minister des Innern, Hr. v. d. Heydt als Finanz-, und Hr. v. Pommer-Eiche als Handelsminister. Dr. v. Patow würde nach dieser Person ausscheiden. Die feudale „Kammerkorrespondenz“ meint in Bezug auf diese Gerüchte: „Als wahrscheinlich darf man wohl den Rücktritt der H. Graf Schwerin, v. Patow, Graf Pückler und v. Bernuth annehmen; das Bann? ist eben auch noch in der Schwebe. Unter den Kandidaten für die Portefeuilles nennt man die Oberpräsidenten v. Pommer-Eiche und v. Wigleben, die Regierungspräsidenten v. Selchow und v. Möller, den Appellationsgerichts-Präsidenten Graf Rittberg, das Mitglied des Herrenhauses, Graf Ippenflüg und Geh. Rath Mathis.“ Beide lithographische Blätter fügen jedoch ausdrücklich bei, daß sie für die Richtigkeit aller dieser Gerüchte nicht einstehen können.

W.C. Wien, 12. März. Der Bericht des Finanzausschusses des Abgeordneten Hauses über die Darstellung der Gründe und Erfolge der seit dem kaiserl. Diplome vom 20. Okt. 1860 ohne verfassungsmäßige Zustimmung des Reichsraths ergriffenen Finanzmaßregeln ist erschienen. Es werden nachstehende Anträge gestellt: Das hohe Haus wolle ausprechen:

1) Daß die ministerielle Denkschrift insofern unvollständig sei, als sie sich auf die Mehrausgabe von Hypothekendarlehen und auf die Vermehrung der schwebenden Schuld mittelst Depotgeschäften nicht erstreckt. 2) Es theile die Anschauung des Ministeriums über die in der politischen Lage Oesterreichs im Jahr 1860 begründete Nothwendigkeit einer außergewöhnlichen Vermehrung des Militäraufwandes. 3) Daß die Ausgabe von Münzscheinen durch das nachgewiesene Bedürfniß des Kleinverkehrs, die Erhöhung des Zinsfußes der Hypothekendarlehen, durch die Verhältnisse des Zinsfußes überhaupt, das Auflegen der Steueranleihe endlich durch die allerdings bebauerlichen Verhältnisse gerechtfertigt war, welche es unmöglich machten, das dringende Bedürfniß, sich schleunig Geld zu verschaffen, auf eine für die Staatsfinanzen weniger drückende Weise zu befriedigen. 4) Daß die Einführung des Zwangskurses der Banknoten im lombardisch-venetianischen Königreich sich durch den Erfolg als nicht entsprechend erwiesen habe. 5) Daß die Einstellung der Silberzahlung der Zinsen des Nationalanlehens schon aus dem Grunde bedauerlich war, weil Schwankungen in den Verzinsungsmodalitäten eines Anlehens überhaupt nicht rüchlich sind. P. Illersdorf, O. Mann. Dr. Herbert, Berichterstatter.

Ebenso erschien der Bericht des Ausschusses über den Antrag des Abg. Dr. v. Wählfeld wegen sofortiger Ein-

führung der Schwurgerichte. Derselbe schlägt dem Hause nachstehenden Beschluß vor:

In Erwägung, daß die altdaldische Einführung der Schwurgerichte für schwere Strafsfälle, dann für politische und Preßvergehen ein unabwiesbares Bedürfniß ist; in Erwägung jedoch, daß das schwurgerichtliche Verfahren nur bei einer Reform des Strafprozesses überhaupt mit Aussicht auf Erfolg eingeführt werden könne, spricht das Haus sein Bedauern aus, daß ihm ein Entwurf einer solchen Strafprozessreform bisher nicht vorgelegt wurde, und geht über den Antrag des Dr. v. Wählfeld zur Tagesordnung. Dr. Zischel, O. Mann. Dr. Herbst, Berichterstatter.

Das k. k. Landesgericht in Straßaden hat gegen den Redakteur der „Neuest. Nachr.“, Hr. D. B. Friedmann, aus Anlaß von vier im August bis Novbr. v. J. in dem genannten Blatt erschienenen Artikeln, und gegen den k. k. Gerichtsadjunkten Julius v. Delphin, als Verfasser des einen jener Artikel („Rubicon“), die Anklage wegen Störung der öffentlichen Ruhe beschlössen.

W.C. Wien, 13. März. In der heutigen Sitzung des Abgeordneten Hauses legte der Finanzminister v. Plener (wie telegraphisch bereits angezeigt) dem Gesammtauswurf über Erhöhung einiger Gattungen direkter Steuern vor. Das System der Zuschläge zu bestehenden Steuern anstatt der Schaffung neuer Steuern empfahl sich, weil durch dasselbe schneller die Erhöhung der Staatseinnahmen erzielt werde, und vor der Reform der direkten Steuern die Einführung neuer nicht rascham sei. Die Grundsteuer, Hausklassensteuer, Erwerb- und Einkommensteuer erlauben am ersten Zuschläge, weil dieselben bisher verhältnismäßig niedrig gewesen, und die Objekte nie so genau zu erümen seien, wie z. B. bei der Hauszinssteuer. Gegen eine stärkere Besteuerung der Industrie, des arbeitenden Kapitals sprachen Gründe der Gleichberechtigung und der Zweckmäßigkeit, da in Oesterreich das Geld nicht noch theurer gemacht werden dürfe. Schleunige Maßregeln zur Deckung des Defizits seien aber um so dringender notwendig, als der Staat seinen Verpflichtungen gegen die Nationalbank nachkommen müsse. Die Erhaltung eines festen Zentral-Kreditinstituts sei in einem Staate wie Oesterreich, wenn nicht unbedingt notwendig, doch höchst nützlich. Die misslichen Verhältnisse der Bank habe diese selbst nicht verschuldet; man müsse eben sorgen, daß so übermäßige Inanspruchnahme durch den Staat nicht wieder vorkommen könne. Das System der Zettelbanken sei nicht so leicht ins Leben zu führen, und biete keine größere Garantie für Zeiten der Gefahr. Wenn die Nationalbank nicht schon bestünde, würde man sie schaffen müssen. Die Folgen der politischen Ereignisse der letzten vierzehn Jahre würden viel schwerer geworden sein, wenn man bei der Staatspapierwirtschaft geblieben wäre; um so weniger dürfe man jetzt zu dem 1854 verlassenen Wege zurückkehren. Auch sei nicht abzusehen, wie ein unbedecktes Staatspapiergeld mehr Sicherheit gewähren solle, als bedecktes Bankgeld. Auf Grund solcher Erwägungen sei die Regierung zu dem Entschlusse gekommen, das Privilegium der Bank unter Herstellung der völligen Unabhängigkeit des Instituts zu verlängern. Der Minister betonte dann die Grundlinien des Uebereinkommens an, und entwickelt die Gründe gegen eine neue Anleihe wie gegen andere Finanzmaßregeln. Er legt den Entwurf der neuen Statuten der Bank auf den Tisch des Hauses, und zeigt an, daß mit den heute eingebrachten Vorlagen der Kreis der angeforderten Finanzvorlagen geschlossen sei, und daß von dem dem Staate von der Bank zustehenden zweiprozentigen 80 Millionen für das Jahr 1862 nur die Hälfte erforderlich sein werde.

Belgien.
Brüssel, 12. März. Die „Independance“ theilt mit, daß Hr. Thovonnel dem diplomatischen Korps über die jüngst vorgenommenen Verfassungen Erklärungen abgegeben, welche den Zweck haben, das Gewicht der dargelegten Thatsachen als einfache Maßregeln gegen die revolutionären Parteien herabzusetzen.
König Leopold ist — wie man sagt, nicht unbedenklich — erkrankt.

Frankreich.
Paris, 13. März. Die Nachrichten aus Genua lauten sehr bedenklich. Die dortigen Komites sind bereits so weit gegangen, der Turiner Regierung mit Anwendung von Gewalt zu drohen, wenn sie sich weigern würde, Mazzini zurückzubehalten. Die hiesige Regierung folgt diesen Vorgängen mit unruhiger Spannung, und wenn die Genueser Versammlungen noch nicht mit Gewalt gesprengt wurden, so ist dies nicht Schuld der Italiener. Die neuesten telegraphischen Privatberichte aus dem Neapolitanischen lauten bedenklich. Zu Chiati, der größten Stadt in den Abruzzen, ist ein royalistischer Aufstand ausgebrochen und eine provisorische Regierung eingesetzt worden. — Die spanische Regierung soll, wie man versichert, gegen die letzte „Monitorkorrespondenz“ aus Vera-Cruz und gegen die darin enthaltenen Äußerungen über den General Prim hier Vorstellungen erhoben haben. — Das griechische Haus Hava und Komp. in Marseille, welches durch die Mirès'sche Katastrophe gezwungen worden war, seine Zahlungen einzustellen, hat, nach einem Arrangement mit der französischen Bank als Hauptgläubigerin, seine Geschäfte wieder aufgenommen. — Hr. Solar, der Erbschaft des Mirès, soll in Venedig sein. — Heute zog, von Hagelschlag begleitet, schon das zweite schwere Gewitter in diesem Jahre über Paris hin.

Paris, 13. März. In der gestrigen Sitzung des Gesetzgeb. Körpers wiederholte der Regierungskommissar Villault seine bereits im Senate gemachten Äußerungen über die Politik des Kaisers in der römischen Frage. „Für den Augenblick“ — sagte er — ist der Kaiser entschlossen, zu warten; er wird warten und mit ihm wird Europa warten; er wird warten, bis die Dinge möglich sein werden; er wird nichts vernachlässigen, aber er wird sich in Nichts übereilen. Wenn man das Bewußtsein des guten Rechts hat, wenn man gewiß ist, daß man für das Heil der Welt, für die Ruhe Aller arbeitet, so ermattet man nicht so leicht.

Gewalthätigkeiten, Vorwürfe, Zweifel, Widersprüche, Undank werden ihm nicht aufhalten. Er wird seine Bemühungen vervielfältigen, bis es ihm geglikt ist, auf glückliche Wege eine Situation herbeizuführen, welcher die Gewalt keinen Bestand verleihen würde. Wollte Gott, m. H., daß er, stark durch Ihr Vertrauen und die Zustimmung Europa's, endlich durch gemeinsame Uebereinkunft auf einer unerschütterlichen Grundlage die Unabhängigkeit des heil. Vaters und die Freiheit Italiens zu errichten im Stande wäre.“

Sofort ergreift J. Favre das Wort, um auf das Unklare und Unzulängliche der Äußerungen Villault's aufmerksam zu machen, und die absolute Unmöglichkeit einer friedlichen Verständigung zwischen so gewaltigen, unversöhnlichen Gegensätzen darzutun.

Das Amendement von J. Favre u. wird hierauf mit 254 gegen 5 Stimmen verworfen.

§. 4 der Adresse, welcher sich auf die italienische Angelegenheit bezieht, wurde mit 243 gegen 10 Stimmen angenommen. Schluß der Sitzung.

Von den Abgeordneten Morni, Lemercier, Guyard-Delalain, Marquis v. Andelarre und A. Jubinal zu §. 5 ist noch folgendes Amendement eingebracht worden:

Der Bürgerkrieg, welcher Amerika verunstet, ist eine schwere Beinträchtigung unserer Industrie und unseres Handels; wir hegen den heißen Wunsch, daß diese Uneinigkeit bald ein Ende nehme, und daß das große Prinzip der Abschaffung der Sklaverei siegreich aus dem scheinbar begonnenen Kampfe hervorgehe... (Das Uebrige ist wie in dem Abdrucke.)

Auf Befehl des Kaisers wird in dem Schloß Saint-Germain ein Museum von celtischen und gallo-römischen Alterthümern angelegt.

Dänemark.
Kopenhagen, 10. März. (H. N.) Ein schon vor acht Tagen aufgetauchtes und noch immer nicht ganz verstumtes Gerücht will wissen, daß der König mit einem im Auslande (in Nizza) weilenden hervorragenden energischen Staatsmann (Grafen Karl Molte?) über die eventuelle Bildung eines vollständig neuen Ministeriums korrespondire.

Rußland und Polen.
Warschau, 9. März. (Schles. Z.) Heute Nachmittag erschien als außerordentliche Beilage zum Regierungsblatt ein Annesierlaß, wodurch 41 Personen (darunter 12 Geistliche), welche zur Festungshaft, zur Internirung im nördlichen Rußland, oder zur Einreihung ins Militär verurtheilt waren, vollständig begnadigt werden; bei 33 ist die Strafe beträchtlich gemildert (die höchste Strafe bleibt demnach anderthalb Jahre); endlich wird Allen, die von heute an noch zehn oder weniger Tage sitzen müßten, der Rest in Gnaden nachgesehen. Außer den jetzt ganz freigelassenen Priestern Magnuski, Lufowski, Wiltmann, Pyzalski sind keine bekannteren Namen unter den Amnestirten.

Amerika.
Neu-York, 22. Febr. Kapitän Nathanael Gordon, Befehlshaber des Schiffs „Erie“, ist wegen Piraterie gestern hier in Neu-York gefangen worden, nachdem er vorher einen mißlungenen Versuch gemacht hatte, sich zu vergiften. — Ueber diese Hinrichtung bemerkt die Londoner „Morn. Post“: Dies Ereigniß wird in der Havannah, in Lissabon und an der Küste von Afrika Born und Schrecken erregen und alle früheren kommerziellen Berechnungen über den Hafen werfen. Wir sagen nicht, daß die Kapitalisten von Neu-York sich ganz vom Sklavenhandel absetzen lassen werden, aber nur ein Mann von ganz besonderem Charakter wird sich zum Werkzeug jener Kapitalisten hergeben. Insofern hat Präsident Lincoln durch die entschlossene Ausführung des Urtheils dem Sklavenhandel einen härteren Schlag versetzt, als durch Absendung des zahlreichsten Geschwaders in die afrikanischen Gewässer. Der Süden wird wahrscheinlich in Gordon's Hinrichtung den ersten einer ganzen Reihe von Schlägen sehen, die sowohl gegen den Sklavenhandel, als wie gegen die Sklaverei selbst gerichtet sind.

Neu-York, 26. Febr. Das Gerücht, daß die Südstaatlichen Columbus geräumt hätten, hat sich nicht bestätigt. In der Stadt Savannah steht General Lee mit starken Massen südlicher Truppen und glaubt mit Zuversicht den Ort halten zu können. Er hatte alle Weiber und Kinder fortgeschickt. Im Fall der Niederlage wollte er die Stadt verbrennen. Die Nordstaatlichen ihrerseits errichteten auf dem sumpfigen Boden von Torres Island mit großen Schwierigkeiten eine Batterie.

China.
Triest, 12. März. Die so eben eingetroffene Ueberlandpost bringt Nachrichten aus Shanghai vom 25. Jan., laut welchen die Insurgenten auf letztere Stadt anrückten. Die Chinesen der Allirten trafen Anstalten, den Angriff zurückzuweisen. Im Lauf des Tages wurde fortwährendes Schießen gehört.

Bermischte Nachrichten.
Karlsruhe, 14. März. So eben ist das Programm der hiesigen höhern Lehrerschule ausgegeben worden, als Einladung zu den am 10. — 12. April d. J. stattfindenden Prüfungen. Die Zahl der Schülerinnen der 5 Klassen umfassenden Schule beträgt gegenwärtig 311. Ein Wortwort des Direktors verbreitet sich über den Lehrplan, die im letzten Jahre in der Anstalt vorgekommenen Veränderungen, die Privatthätigkeit der Lehrkräfte zur Ergänzung und Erweiterung des Unterrichts u. s. w.
Wetzlar, 10. März. Dem Professor an der Hochschule zu Kiel, Dr. phil. Georg Curtius, ist eine ordentliche Professur der klassischen Philologie an der Universität Leipzig übertragen worden.

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Fern. Kortenlein.

3.5.206. Karlsruhe, 14. März. Morgen findet in dem Circus Suhr und Hüttemann eine Vorstellung statt, welche bereits an andern Orten den höchsten Beifall gefunden hat. Wir glauben deshalb auf dieselbe ganz besonders aufmerksam machen zu müssen. Ueber den Erfolg, welchen diese Aufführung z. B. in den Schweizer Städten gefunden hat, entnehmen wir der Neu-Zürich, Folgendes:

Das große National-Wappenfest (— hier in Karlsruhe badisches Landes-Wappenfest —), heroisches, equestriertes, mittelalterliches Ritter-Schauspiel, zog das schaulustige Publikum an und füllte die Räume des Circus. Mit großer Spannung sah Alles dem Anfange dieses Schauspiels entgegen, aber auch die köstliche Phantasie wurde von dieser wirklich großartigen, noch nie gesehenen Vorstellung überflügelt, indem dieser Genus, der bedeutende Geldhaber erfordert, kaum in großen Städten, wo alle Mittel vorhanden, besser geboten wird. Schon das erste Tableau, welches sich bei Aufgang des Vorhanges dem entzückten Auge des Publikums darstellte, enthielt ein allgemeines Bild und von da an bis zum Schluß folgte nach jeder einzelnen Scene, ja während derselben, dem prächtigen Spiele sich immerwährend steigender denkwürdiger Applaus. Kostüme, Decorationen, Pferdegeschirre, kurz Alles war brillant, ohne überladen oder unnatürlich zu sein, die Fahnen mit den Wappen waren zierlich und trugen viel zum Glanze des Ganzen bei. Das Kopf- oder Ringelschloß, Speerwerfen etc. war erst einstudirt und gelang meisterhaft; eben so präzis wurden die Evolutionen der sämtlichen Personale durchgeführt, und man wußte nicht, sollte man Menschen oder Thiere mehr bewundern. Am ausgezeichnetsten war die Quadrille, welche in einem Salon von Menschen nicht besser und zierlicher ausgeführt werden kann. Man denke sich 8 reizende Damen und 8 kräftige, schon gewachsene Herren in mittelalterlichem Reiterkostüm auf prachtvoll geschrittenen Pferden alle Touren der Quadrille sicher und genau richtig auszuführen, lasse der Phantasie volle Flügel, und dennoch wird sich dieselbe nicht bis zur Wirklichkeit emporschwingen. Eben so prächtig war das Schlußtableau. Es ist nur zu bedauern, wo die Direction durch solche Szenen ihre Kunst verberlcht, diese Gesellschaft verlieren zu müssen.

3.5.207. Karlsruhe. Circus Suhr & Hüttemann auf dem Schloßplatz in Karlsruhe. Heute Samstag den 15. März 1862.

Grande soirée equestre, wie bis jetzt wohl von keiner Gesellschaft in dieser Vollkommenheit zur Ausführung gebracht wurde. In dieser ausgezeichneten brillanten Vorstellung werden 10 Schupfer geritten und vorgeführt.

Das große badische Landeswappenfest, großes mittelalterliches Ritterspiel mit Quadrillen, Wanduer, Caroussel, Kopf- und Ringelschloß, Aufzügen und großartigen Schlußtableaux. 1) Großer Aufzug von den Wappenherben mit Pferden. 2) Wanduer von 12 Herren und Damen. 3) Caroussel mit Kopf- und Ringelschloß. 4) Quadrille, geritten von 4 Herren und 4 Damen. 5) Finale und Schlußtableau.

1) Großes **Tableaux equestre**, geritten von den Herren Capite, Hüttemann, Jung, u. Hinz und den Damen Suhr, Capite u. Nagels, angeführt von Hrn. Capite. 2) **Zemir**, Aporetischer, vorgeführt von Hrn. W. Suhr. 3) **Hr. Moritz Reiss** in seinen schwierigen Arbeiten auf ungetheiltem Pferde, endigt mit dem **Cours volant**. 4) **Uranus**, syrischer Wallach in Freiheit dressirt und vorgeführt von Hrn. Suhr. 5) **Propheet**, irändisches Racepferd der hohen Schule, geritten von Hrn. G. Hüttemann. 6) **Präul. Sophie** in ihren ausgezeichneten hohen Evolutionen und graziösen Tänzen zu Pferd. 7) **Apollo**, Springpferd in Freiheit dressirt, vorgeführt von Hrn. G. Hüttemann. 8) **Le Mousquetair de la raine**, Rab. Suhr wird die hohe Schule als Herr in obengenanntem Costüm mit dem Schupfer Donna reiten. 9) **Mad. Glaserapp** in ihren schwierigen Arbeiten und Quirlanden zu Pferd. 10) Die Wagenpromenade und Trumphantzug des Schupfers **Dreiosa**, vorgeführt von Hrn. Suhr. 11) **Belisar**, arabischer Hengst, Schupfer in Freiheit dressirt und vorgeführt von Hrn. Suhr. 12) Die **Campagner-Schule**, geritten von Mad. Suhr mit dem Schupfer **Waisouris**. 13) Die weltberühmten Arabaten **H. Nagels S. Söhne** in ihren erstaunendwichtigen Produktionen. 14) **Arabeza**, englisches Vollblutpferd der hohen Schule, geritten von Hrn. **Gustav Hüttemann**. 15) **Hr. Glaserapp** in seinen vor- und rückwärts Elevationen zu Pferd, endigt mit dem gefährlichen Brückenprung. 16) **Soliman**, russisches Hengstpferd der hohen Schule, geritten von Mad. Suhr.

Morgen Sonntag zwei Vorstellungen, 1te Nachmittags 4 Uhr bei ermäßigten Preisen, 2te Abends 7 Uhr.

3.5.109. Karlsruhe. J. Bayer's großes Panorama.

Dritte und letzte ganz neue Anstaltung. Unterzeichnete sagt für den ihm darüber zu Theil gewordenen Besuch seinen verbindlichen Dank, und macht hiermit die ergebene Anzeige, daß die dritte und letzte Anstaltung seines Panoramas der Malzer Messe daher unumverrücklich Sonntag den 16. d. zum letzten Male hier zu sehen ist, und bittet noch um geneigten zahlreichen Zuspruch.

J. Bayer.

3.5.824. Offenburg. Weinversteigerung.

Dienstag den 18. d. Mts. Vormittags 10 Uhr, werden im St. Andreas-Hospitalgebäude das hier nachstehende selbstgeogene Weine einer öffentlichen Versteigerung ausgesetzt, als:

198 Dm 1860er weißer Bergwein,	34
34	1860er weißer Bergwein,
30	1860er weißer Bergwein,
15	1860er weißer Bergwein,
7	1860er weißer Bergwein,
8	1860er weißer Bergwein,

wozu wir einladen, Offenburg, den 2. März 1862. St. Andreas-Hospitalverwaltung. R d n i g.

Annoucen von Behörden, Privaten, Agenturen, Lehr-Anstalten, Gewerbetreibenden u. s. w.

werden von unterzeichnetem Insertions-Comptoir für 200 deutsche und ausländische Zeitungen, über welche auf Verlangen speciell Verzeichnisse gratis zu Diensten stehen, zu Originalpreisen angenommen und prompt besorgt. Das Insertions-Comptoir bietet den geehrten Inserenten die Vortheile der Ersparrung von Porto, Postprovisionen für Nachnahme der Beträge, Correspondenzen und anderen Weitläufigkeiten, liefert über jede Annonce Belege und befördert die eingehenden Aufträge täglich. Die Wünsche der Inserenten, betreffend: Arrangement, Ausdehnung und etwaige Wiederholung der bezügl. Inserate, werden genau berücksichtigt, auch die Interessen der geehrten Auftraggeber in jeder Hinsicht gewissenhaft vertreten.

Die Vortheile, welche bei Ueberweisung von Annoucen durch meine Vermittelung dem inserirenden Publikum zu Statten kommen, mögen durch nachfolgendes kleine Beispiel genügend in die Augen springen.

Eine Anzeige von 10 Zeilen à 3/4 Sgr. im Nürnberger Correspondent beträgt 7 1/2 Sgr., hierzu Porto hin und her 6 Sgr., Postprovision für die Nachnahme des Betrages 1 Sgr., Belags-Exemplar 1 Sgr., Briefträger für Kreuzband und Brief 1 Sgr., in Summa 16 1/2 Sgr. Dasselbe Inserat durch mein Insertions-Comptoir vermittelt, würde nur 7 1/2 Sgr. kosten.

Bei grösseren Inseraten, namentlich bei solchen, welche in verschiedenen Zeitungen beordert werden, ist dieser Vortheil natürlich um so bedeutender. Bei Aufträgen für mehrere Zeitungen bedarf es stets nur eines (deutlich geschriebenen) Manuscripts.

Das Insertions-Comptoir von Friedr. Bartholomäus in Erfurt.

(Verleger der „Thuringer Zeitung“.)

Kaltwasser-Heilanstalt Dietenmühle bei Wiesbaden.

Conf. Arzt Dr. A. Genth. Eröffnung am 1. Juni a. c. Kaltwasserkur, Dampf- und Kiefernadelbäder, Heilgymnastik und Elektrizität. Geschäfte und milde Lage in Witten der Kurort-Anlagen zeichnen diesen reizenden Punkt der Umgegend vor allen andern aus. Die Anstalt ist mit allem Comfort, mit der geeignetsten Eleganz ausgestattet. Der in den weiteren Kreisen anerkannte Ruf des conf. Arztes während zehn Jahren ärztlicher Dirigenz der Kaltwasser-Heilanstalt Nettelthaler alle und jede Bürgerpflicht und macht weitere Anpreisung überflüssig. Anmeldungen nimmt vorläufig entgegen und nähere Auskunft ertheilt.

Der Gerant der Actien-Commandit-Gesellschaft: **S. Kruthoffer.**

London International Exhibition 1862. Spiegel Brothers in London.

28. Walbrook, Exhibition- & Commission-Agents, haben 14000 Logis in Privat-Häusern von 5 Sch. — 20 Sch. pr. Woche zur Verfügung der Fremden. Befellungen mit 6 Sch. — als deposit, und 1/4 als Einlagegeld. Anfragen erbitten franco. Agenten werden gesucht. S. 673.

Baker - Guano, als Ersatz für Knochenmehl.

Von diesem neu entdeckten, nach dem Ausspruch Liebig's sehr werthvollen Guano, welcher zu etwa 1/2 Gewichtstheilen aus phosphorsäurem Kalk in leicht löslicher Verbindung besteht und wovon ca. 6 Ctr. ausreichen, um die gleiche Wirkung von 10 Ctr. gedämpften Knochenmehls zu haben, halten wir von nun an Lager und erlassen den Ctr. zu 6 1/2 fl. franco Bahn hier. — Außerdem ist

Peru-Guano, dessen Reinheit und gute Qualität wir garantiren können, jederzeit in beliebigen Quantitäten von uns zu beziehen.

J. P. Lanz & Co. in Mannheim.

Holländer und Champagner Mühlensteine

sowie Heibelberger Mahl- und Del-Mühlensteine in allen Größen werden billig geliefert von **Rabus & Stoll in Mannheim,** Lit. L. 2. No. 11.

Bekanntmachung.

In der Woche vom 6. — 12. April d. J. werden die über 6 Monate verfallenen Pfänder versteigert. Dienstag den 25. März d. J. ist der letzte Tag, an welchem die über 6 Monate verfallenen Pfändersteine zur Verzeihung noch angenommen werden. Karlsruhe, den 26. Februar 1862. Leibhaus-Verwaltung. E. Weber.

Commissiellen-Gesuch.

3.5.191. Ein junger Mann, der deutschen und französischen Buchführung und Correspondenz mächtig, sucht eine Stelle als Commis. — Gefällige Anträge besördert unter Chiffre E. J. die Expedition dieses Blattes.

Römischer Cement

von **Vassy-les-Avallon** in Tonnen von 150 bis 250 Kilo. aus der Fabrik des Herrn **Garricl**, sowie in Fässchen von 4 Ztr. **Roman-Cement** von **Kirchheim**, in Fässchen von 1 Ztr. **Portland-Cement** von **Kirchheim** aus der Fabrik des Herrn **Chaillly** ist auch in diesem Jahre wieder bei mir auf Lager. Auch können größere Kontrakte auf Lieferung durch mich vermittelt werden. Karlsruhe, den 1. März 1862.

Wäh-Maschinen.

Original-Wäh-Maschinen aus den besten Fabriken Amerika's: 1) kleinere für den Hausgebrauch zum Weisnähen und Kleidermachen à 30 fl., 2) größere für gewerbliche Zwecke, mit doppeltem Steppflügel a) zum Weisnähen à 130 fl. bis 165 fl., b) für Schneider, Schuster, Sattler und Tapezierer à 155 fl. bis 180 fl. sind vorräthig und in Arbeit zu sehen bei

J. P. Lanz & Co. in Mannheim.

Norddeutscher Lloyd.

Direkte Post-Dampfschiffahrt zwischen Bremen u. New York Southampton anlaufend: P.-D. **New York**, Capt. **G. Wenke**, am **Sonabend den 15. März**, P.-D. **Bremen**, Capt. **S. Wessels**, am **Sonabend den 12. April**, P.-D. **Hansa**, Capt. **S. J. v. Santen**, am **Sonabend den 26. April**, P.-D. **New York**, Capt. **G. Wenke**, am **Sonabend den 10. Mai**, P.-D. **Bremen**, Capt. **S. Wessels**, am **Sonabend den 7. Juni**, P.-D. **Hansa**, Capt. **S. J. v. Santen**, am **Sonabend den 21. Juni**.

Passage-Preise: Erste Cajüte 140 Thaler, zweite Cajüte 90 Thaler, Zwischendeck 55 Thaler Gold, inkl. Beköstigung. Kinder unter zehn Jahren auf allen Plätzen die Hälfte; Säuglinge 3 Thaler Gold.

Güterfracht: Zwölf Dollars und 15 % Primage für Baumwollenswaren und ordinäre Güter und achtzehn Dollars und 15 % Primage für andere Waaren pr. 40 Cubitfuß Bremer Maße.

Druck und Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei.

einzelhaft der Lieferfracht auf der Weser. Unter 3 Dollars und 15 % Primage wird kein Commissionsgeld gezahlt. Feuergefährliche Gegenstände sind von der Beförderung ausgeschlossen.

Die Güter werden durch bereitete Messer gemessen.

Post: Die mit diesen Dampfschiffen zu versendenden Briefe müssen die Bezeichnung „via Bremen“ tragen.

Dampfschiffahrt mit England.

Nach **London** jeden Donnerstag Morgen, nach **Hull** jeden Montag. **Passage-Preise:** Erste Cajüte 12 Thaler, zweite Cajüte 6 Thaler Gold, inklusive Beköstigung.

Die Direction des Norddeutschen Lloyd, Grüsemann, H. Peters, Director.

Weinversteigerung.

Unterzeichnete wird Montag den 31. März, Vormittags 10 Uhr anfangend, in ihren Kellern zu **Blaulingen** 47 Dm 1857er, 58 1858er, 45 1859er, 100 1860er, 80 1861er, zum 330 Dm reingehaltene Marktgrüster Weine eigenen Gewächses öffentlich versteigern lassen und werden Kaufliebhaber hiezu höflich eingeladen.

Schopfheim, den 12. März 1862. Witwe **M. C. Kym geb. Vogelbach.**

Versteigerung.

Von unterzeichnetem Stelle werden Freitag den 21. d. Mts., Vormittags 9 Uhr, versteigert: 594 Paar Holensträger, 24 schiffliche Strumpfbänder, 24 Stück Taschmesser, 121 Tabakdosen aus Papiermaché-Masse, 18 Hornböden, 71 Pfeispen von Zint, 1 Partie unechter Herren- u. Damenhandschuh, 12 neue baumwollene Herrenhemden, 1 Paar neue lackirte Gummischuhe, 6 baumwollene Kinderstrumpfen.

Kessl. den 11. März 1862. Groß. Hauptzollamt.

Holzversteigerung.

Aus dem Adelshaus Forste bei Haslach, an der Dyringer Straße, werden im Schlage Nr. 21, Montag den 17. d. Mts., Vormittags 9 Uhr, 35 Eichenstämme (Solländer- und Nussholz), öffentlich versteigert.

Freiburg, den 8. März 1862. Verwaltung des Lehrinstituts Adelshausen. W i n g l e r.

Bekanntmachung.

Höherem Auftrag zufolge sollen die Arbeiten zur Herstellung der Straße von Horzheim nach Willbad, auf badischem Gebiete, in Auftrag gegeben werden. Die Erarbeiten und Herstellung des Grunplatzes, im Anschlag von ca. 9000 fl., werden in 3 Losabtheilungen, die Maurer- und Steinbauarbeiten für 4 Grundböden und 1 Deckboden, im Gesamtananschlag von ca. 3000 fl. für jeden Boden, einzeln der Versteigerung ausgesetzt.

Zur Verhandlung wird Tagfahrt auf Dienstag den 18. März d. J. anberaumt. Nebenplan und Abforderebedingungen können am 14. und 15. d. Mts. auf dem hiesigen Geschäftsamt eingesehen werden.

Die Verhandlung findet auf dem Plage selbst statt und ist die Zusammenkunft auf dem Rathhause zu Brühlungen Vormittags 10 Uhr festgesetzt. Karlsruhe, den 9. März 1862. Groß. Bezirks-Bauinspektion. Obermüller.

Commissionsbegebung.

Die Herstellung einer neuen Zugangstreppe für die Kirche zu Knielingen soll im Commissionswege in Auftrag gegeben werden. Die Pläne und Kostenrechnung sind von Donnerstag an bei dieser Stelle einzusehen, und sind die schriftlichen Angebote spätestens bis Dienstag den 18. d. Mts. abzugeben.

Hiezu werden die betreffenden Maurer- und Steinbauarbeiten eingeladen. Karlsruhe, den 10. März 1862. Groß. Bezirks-Bauinspektion. C. K u n y l e.

3.5.157. Nr. 1848. Baden. (Diebstahl und Fahndung.)

In der Zeit zwischen dem 4. und 5. d. Mts. wurde aus einem Zimmer des Stephanienbades hieher nach gewaltsamer Aufsprengung der Thüre eine Standuhr im ungefähren Werthe von 200 Franken entwendet.

Die Uhr ist von Bronze und vergolbt, läuft pyramidal zu und hat an ihrer Basis eine Breite von etwa 12 Zoll; dieselbe hat zwei Sockel, der untere ist schwarz polirt, der darauf folgende vergolbt, und auf dem Theile, worauf die Uhr steht, mit rothem Sammt überzogen.

Das Zifferblatt der Uhr ist von Porzellan, die Zahlen desselben sind römisch und die Zeiger von Stahl. Die Vorderseite der Uhr stellt eine Figur dar, nämlich einen Engel, unter dessen Flügeln ein Kind liegt. Derockt ruht auf einem Manne von schmächtiger, mittlerer Gestalt, mit schwarzem niedrigen Hut und schwarzem Rocke, der einen in ein Tuch eingeschlossenen Gegenstand vor sich tragend, zur nächstgelegenen Zeit der Entwendung vom Stephanienbad her kommend, gesehen wurde.

Wir bringen dieses Befund der Fahndung zur öffentlichen Kenntniß. Baden, den 11. März 1862. Groß. bad. Amtsgericht. S c h u l z.

(Mit einer Beilage.)